

VI. Der „wiederentdeckte“ Hauptgegner

Im August 1931 unterstützte die KPD den Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtages – eine Initiative des Frontkämpferverbandes Stahlhelm, die von der DNVP und NSDAP unterstützt wurde. Das Ziel der radikalen Rechten war der Sturz der SPD-geführten Landesregierung unter Otto Braun. Indem sich die deutschen Kommunisten an dieser Aktion beteiligten, stellten sie faktisch eine „Einheitsfront“ mit den Nationalsozialisten her. Lange ist in der Forschung gerätselt worden, wieso sich die KPD diesem Frontalangriff gegen die preußische Landesregierung – dem letzten „Bollwerk“ der Weimarer Republik¹ – anschloss. Aufgrund der nun zugänglichen Quellen lassen sich an diesem Fallbeispiel einige grundlegende Aspekte der Kominternpolitik analysieren. Die Antworten auf die Frage, aus welchen Motiven die KPD an dem Volksentscheid teilnahm, und wie dieser Entschluss konkret gefasst wurde, führt vor Augen, auf welcher chaotischen Weise in der Komintern Politik gemacht und Entscheidungen gefällt wurden: Es lässt sich zeigen, dass die KPD eben nicht kühl kalkuliert gesteuert wurde, sondern dass die Kommunisten ihre Politik zuweilen gewissermaßen aus dem Bauch heraus machten – geprägt durch ihre verzerrten Wahrnehmungen und immer noch getrieben von ihren revolutionären Erwartungen.

1. Eine gute Gelegenheit

In der *Geschichte der Arbeiterbewegung*, dem maßgeblichen Werk der DDR-Geschichtsschreibung, das unter Aufsicht Walter Ulbrichts Mitte der 60er Jahre entstand, ist die Frage nach den Gründen für die Beteiligung am Volksentscheid zur Auflösung des Preußischen Landtages im August 1931 in gewohnter Sündenbockmanier personalisiert worden: Es seien einzig Neumann und letztlich vor allem Stalin gewesen, die die Entscheidung zur Teilnahme durchgesetzt hätten.² Die westliche Literatur schloss sich dieser Darstellung – wenn auch mit gebotener Distanz – grundsätzlich an, so dass die ost- und westdeutschen Historiker vor 1989/90 ungewohnt einmütig feststellten: die KPD sei von Moskau gezwungen worden, an dem Volksentscheid teilzunehmen und somit „gegen ihre eigenen Interessen“ zu handeln.³

Interessanterweise entspricht diese Sichtweise auch den späteren Aussagen der führenden Kominternfunktionäre: Auch aus Moskau wurde der KPD später vor-

¹ Vgl. Ehni, *Bollwerk Preußen?*

² Ulbricht, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4, S. 96f.

³ Grundlegend ist hier erneut die von anderen Autoren meist weitgehend übernommene Darstellung von Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 85–96, der sich wiederum stark auf die *Geschichte der Arbeiterbewegung* stützt. Da sich der Erkenntnisstand seit Weingartners Untersuchung nicht mehr erweitert hat, ist sein Werk auch auf den folgenden Seiten der wesentliche Kontrapunkt meiner Argumentation.

geworfen, sich zu spät – nämlich erst nach entsprechender Intervention des EKKI – zur Teilnahme am Volksentscheid entschieden und zuvor im Sommer 1931 den Kampf gegen die SPD zu lange vernachlässigt zu haben.⁴ Tatsächlich hatte Manuilskij auf dem XI. EKKI-Plenum im April 1931 erneut das „Sozialfaschismus“-Mantra der Komintern wiederholt: In Deutschland sei nicht „der Faschismus Hitlerscher Färbung der Hauptfeind“, so betonte er in seinem Referat, sondern die Regierung Brüning und vor allem die SPD, die dieses Kabinett im Reichstag toleriere.⁵ Das ganze Plenum, so stellte Pjatnickij später fest, sei „faktisch gegen die Taktik der deutschen Partei gerichtet [gewesen], da die These vom Faschismus als Hauptfeind auf dem Plenum umgedreht wurde, dort war die Sozialdemokratie der Hauptfeind“.⁶ Die deutsche Parteileitung hatte daraufhin in einem internen Bericht an das EKKI im Mai 1931 pflichtschuldig „eingestanden“, dass das EKKI-Plenum „die Bewertung des Faschismus auf das richtige Maß reduziert“ habe⁷, indem es ihn zu einem Gegner zweiten Grades herabstufte.

Nun wäre es allerdings falsch, aus der nachträglichen Behauptung Pjatnickijs zu folgern, dass sich hier wirklich ein erneuter Konflikt zwischen KPD und Komintern angebahnt hätte. Denn im Frühjahr 1931 stimmten die Spitzen der Komintern und KPD in ihrer Einschätzung der politischen Lage grundsätzlich überein: Erstens hatte die Moskauer Führung auf dem EKKI-Plenum gerade erst den „Scheringer-Kurs“ gebilligt, der auf der nationalpopulistischen „Volksrevolutions“-Strategie aufbaute, wie sie Ende Dezember 1930 mit Stalin abgesprochen worden war. Und zweitens rannte die Komintern mit ihrer Forderung, schärfer gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, bei der KPD-Führung offene Türen ein. Schließlich war man sich einig, dass die NSDAP nach der „Stennes-Revolution“ kurz davor sei, in sich zusammenzufallen. In dem Maße, in dem die Mobilisierungskraft des Nationalsozialismus abzunehmen schien, trat somit die SPD als Hauptgegnerin erneut in den Vordergrund. Manuilskij erklärte den vermeintlichen Zerfall der NSDAP im April 1931 dementsprechend zu einer günstigen Chance, um die SPD-Strategie des „kleineren Übels“ zu „entlarven“: Wenn Hitlers Machtantritt immer unwahrscheinlicher werde, weil dessen Partei zerfalle, dann werde es der SPD zunehmend schwerer fallen, zu rechtfertigen, warum sie die Regierung Brüning weiter toleriere.⁸

Dass die Führungen der KPD und Komintern zu dieser Zeit gleichermaßen in der Sozialdemokratie den „Hauptgegner“ sahen, belegt schließlich auch ein Brief Neumanns vom Mai 1931, in dem er seiner Begeisterung über die antisozialdemokratischen Resolutionen des XI. EKKI-Plenums freien Lauf ließ. Die bald anstehende preußische Landtagswahl⁹, so schrieb er an Leo Flieg, werde die KPD „zu

⁴ So der Vorwurf von Pjatnickij in seinem Referat auf dem XII. EKKI-Plenum im September 1932, das als Broschüre gedruckt wurde. Vgl. Pjatnickij, Die Arbeit der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands, S. 15.

⁵ Schlusswort Manuilskijs vor dem EKKI-Plenum am 6. 4. 1931, RGASPI 495/169/87: 38.

⁶ Pjatnickij in der Sitzung der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 89–98, hier: 90f.

⁷ Bericht des Sekretariates der KPD „Über die Vorbereitung der ZK-Tagung der KPD am 14./15. 5. 1931“ vom 13. 5. 1931, RGASPI 495/293/117: 14–16, hier: 14f.

⁸ Schlusswort Manuilskijs vor dem EKKI-Plenum am 6. 4. 1931, RGASPI 495/169/87: 38.

⁹ Der reguläre Termin war der April 1932. Aus den Dokumenten ist nicht ersichtlich, ob

einem einzigen bolschewistischen Feldzug gegen die SPD machen“. Im Unterschied zum Reichstagswahlkampf von 1930 (als die NSDAP noch als Hauptkonkurrentin wahrgenommen wurde) müsse „die SPD-Frage“ bis zur Preußenwahl daher zur „alles beherrschenden Kampflosung“ gemacht werden: Jeder „Kommunist, jeder Arbeiter, jeder Kleinbürger muss *schon heute* wissen: der Hauptschlag geht gegen die SPD“.¹⁰ Wenn Pjatnickij also später im Rückblick auf das Jahr 1931 Meinungsverschiedenheiten konstruierte, so geschah dies, um der KPD erneut die Schuld dafür zuzuschreiben, dass die Kominternpolitik nicht zum gewünschten Erfolg geführt hatte.

In der westlichen Literatur wurde entsprechend der Prämisse, dass die Komintern vorrangig ein außenpolitisches Instrument der Sowjetunion gewesen sei, ferner die These vertreten, die Teilnahme der KPD am Volksentscheid habe erneut gegen die prowestliche SPD gezielt: Weil Moskau befürchtet habe, die deutsche Regierung werde sich auf Druck der Sozialdemokratie verstärkt an Frankreich annähern, seien vor allem die *deutschen* Sozialdemokraten in den Thesen des XI. EKKI-Plenums als die „Initiatoren und aktivsten Verteidiger“ einer antisowjetischen Front hervorgehoben worden.¹¹

Diese Deutung der Ereignisse führt jedoch in die Irre. Denn erstens war die Furcht der sowjetischen Führung vor einer nahe bevorstehenden Intervention schon angewachsen, *bevor* die dezidiert antifranzösische NSDAP im Februar 1931 aus dem Reichstag auszog und somit „der politische Kurswert“¹² der SPD wieder anstieg: Den Tagesordnungspunkt „Gefahr der Intervention“ hatte Stalin bereits lange zuvor im November 1930 auf die Agenda des XI. EKKI-Plenums gesetzt.¹³ Zu diesem Zeitpunkt aber wurde in Moskau noch davon ausgegangen, dass die Regierung Brüning von den Nationalsozialisten gestützt würde.¹⁴ Zweitens waren ausgerechnet die sowjetischen Berufsdiplomaten, auf deren Zeugnisse sich die bisherige Forschung im Wesentlichen stützte, im Februar 1931 gar nicht sonderlich davon beunruhigt, dass die Regierung Brüning nun stärker auf die SPD angewiesen war: Der sowjetische Botschafter in Berlin, Khinchuk, betonte drei

Neumann bereits zu diesem Zeitpunkt davon ausging, dass die Landtagswahl früher stattfinden könne. Für seine damalige Stellung gegenüber der Sozialdemokratie macht dies aber keinen Unterschied.

¹⁰ Brief Neumanns an Flieg vom 25. 5. 1931, RGASPI 495/19/527a: 207–214, hier: 210. Hervorhebung im Original unterstrichen.

¹¹ Vgl. Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 78–81; ferner: Carr, Twilight of Comintern; Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 307.

¹² Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 307.

¹³ Vgl. Brief Pjatnickijs an Molotov vom 12. 11. 1930, RGASPI 495/19/242: 107. Vgl. dazu auch die Anweisungen der PK an die Sektionen Europas und das WEB über den Prozess gegen die „Industriepartei“, SAPMO-BArch RY 5-I 6/3/214: 46, die zwei Tage zuvor von Pjatnickij an Stalin zur Durchsicht und Billigung geschickt wurden. Vgl. Brief Pjatnickijs an Molotov vom 12. 11. 1930, RGASPI 495/19/242: 106.

¹⁴ Vgl. Pjatnickijs Ausführungen in der Sitzung des EKKI-Präsidiums vom 28. 10. 1930: „So haben wir es hier [bei den Nationalsozialisten] mit Arbeitsteilung zu tun, nicht mehr und nicht weniger, um das Vorgehen zu bemänteln, das sie im Reichstag gemacht haben. Hier sind wir [die NSDAP] für Streiks, für die Arbeiter, aber im Reichstag stimmen wir für die Regierung Brüning.“ RGASPI 495/2/136: 88–92, hier: 91 f.

Tage nach dem Auszug der NSDAP aus dem Reichstag in einem Brief nach Moskau, die Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion würden durch den gestiegenen Einfluss der SPD ebenso wenig belastet wie durch die mittlerweile verbesserte Atmosphäre zwischen der deutschen und der französischen Regierung.¹⁵

Von Moskau aus wurde im Frühjahr 1931 also keine Initiative gestartet, um die KPD zu schärferen Angriffen gegen die SPD zu drängen. Hingegen belegen die Unterlagen der Komintern, dass die deutsche Parteispitze schon lange vor dem Sommer 1931 die Idee diskutierte, die Regierung Braun durch einen Volksentscheid zu stürzen – und zwar ohne dafür Vorgaben aus Moskau erhalten zu haben: Kurz nachdem der Stahlhelm im Oktober 1930 angekündigt hatte, ein Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtages zu beantragen¹⁶, machte Remmele in einer Sitzung der KPD-Führung im Januar 1931 den Vorschlag, den Rechtsparteien „zuvorzukommen“ und selbst ein Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtages zu initiieren.¹⁷

Die KPD entschied sich jedoch zunächst anders, weil die Bezirkssekretäre der KPD, als sie anlässlich der Tagung des ZK der KPD in Berlin um ihre Meinung gefragt wurden, das Vorhaben ablehnten. Die Partei würde dann, so gab Thälmann in Moskau später die Bedenken wieder, „Schwierigkeiten gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern bekommen“.¹⁸ Zwar wurde das Projekt somit nur aus wahltaktischen Gründen abgelehnt, dennoch war es vorerst vom Tisch. Als habe es keine eigenen Pläne in dieser Richtung gegeben, teilte die Parteiführung der Basis nach dem offiziellen Antrag des Stahlhelms auf Zulassung des Volksbegehrens vom 4. Februar 1931 in einem internen Rundschreiben mit, es sei „selbstverständlich ausgeschlossen“, dass sich die KPD daran beteilige. Um der Sozialdemokratie jedoch durch eine „einfache Abstinenzpolitik“ nicht unfreiwillig eine „indirekte Hilfestellung“ zu leisten, beschloss die KPD-Spitze eine ihrer typischen Parallelaktionen zu starten: Die „Volksaktion gegen Faschismus und [preußische] Koalitionspolitik“.¹⁹ Mit dem üblichen „Zweifrontenkampf“ sollte das rechte Volksbegehren gekontert werden.

Allerdings blieb die Aussicht, die von SPD geführte Koalition stürzen zu sehen, für die KPD-Führung äußerst attraktiv. Als daher das Volksbegehren das notwendige Quorum erzielt hatte, sich jedoch abzeichnete, dass ein in einem zweiten Schritt durchgeführter Volksentscheid, der nur durch die Rechtsparteien unterstützt würde, keine Erfolgsaussichten hatte²⁰, haderte Thälmann mit sich, ob sich

¹⁵ Brief Khinchuks an den stellvertretenden Außenkommissar der Sowjetunion, Krestinskij, vom 10. 2. 1931, AVP RF 082/14/63/5: 29–34. Sechs Wochen später kommentierte Khinchuk allerdings die Pläne für eine deutsch-österreichische Zollunion positiv, weil damit die deutsch-französischen Beziehungen belastet würden. Vgl. Brief Khinchuks an Krestinskij vom 26. 2. 1931, AVP RF 082/14/63/5: 66–69.

¹⁶ Vgl. Ehni, *Bollwerk Preußen?*, S. 199.

¹⁷ „Herzen“ [d. i. Hermann Remmele] „An die Kommission zur Untersuchung der Fraktionsarbeit in der K.P.D.“ vom 2. 8. 1933, SAPMO-BArch RY 5/1 6/3/469: 10–27, hier: 25.

¹⁸ Thälmann vor der PK am 14. 5. 1932, RGASPI 495/4/188a: 27f.

¹⁹ Anweisungen an die Bezirke. Rundschreiben des Sekretariates des ZK der KPD vom 12. 2. 1931, in: Weber, *Generallinie*, S. 393f.

²⁰ Das Volksbegehren war von 5,9 Millionen Wahlberechtigten gezeichnet worden, das waren nur 700 000 mehr als das erforderliche Quorum von 20 Prozent der Wahlberechtigten.

die KPD nicht doch am Volksentscheid beteiligen sollte, um somit die preußische Regierung zu stürzen. Bei einer erneuten Befragung der Bezirkssekretäre im Mai 1931 waren aber wieder alle Befragten dagegen, die Regierung Braun gemeinschaftlich mit dem Rechtsblock zu stürzen.²¹

Dass der KPD allerdings immer noch am Sturz der Regierung Braun gelegen war, demonstrierte sie am 9. Juli, als die Abstimmung über das Volksbegehren im Preußischen Landtag anstand und sie (schon im Widerspruch zu ihrer bisherigen Enthaltung in dieser Frage gegenüber der Öffentlichkeit) gemeinsam mit den Rechtsparteien für die Auflösung des Landtages stimmte. Mit den Stimmen der Regierungskoalition wurde das Volksbegehren erwartungsgemäß abgelehnt, worauf die Regierung den 9. August als Tag des Volksentscheides festlegte.²²

2. Ein innerparteilicher Schachzug mit Folgen

Wenige Tage nach dieser Abstimmung im Landtag brach am 13. Juli die Danatbank zusammen; weitere Bankenzusammenbrüche, eine panikartige Kapitalflucht in das Ausland und somit der Kollaps des gesamten Kreditwesens schienen möglich. Im ganzen Reich begann ein Sturm auf Banken und Sparkassen, von denen die Menschen ihre Einlagen abheben wollten. Damit erlebte die seit Wochen schwelende Währungs- und Wirtschaftskrise einen dramatischen Höhepunkt.²³ Schon zuvor hatten sich selbst in der SPD die Zweifel verstärkt, ob der „Patient“ Kapitalismus noch zu heilen sei.²⁴ Nun erblickte Neumann in dieser akuten Krise die Gelegenheit, dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen: Er ging davon aus, dass sich aufgrund der allgemeinen Verunsicherung immer mehr Menschen den Sturz des gegenwärtigen Systems wünschten und daher die Chancen für den Erfolg des Volksentscheides aufgrund der Finanzkrise entscheidend gestiegen waren. Wichtig war es nun aus seiner Sicht, den Rechtsparteien das Thema aus der Hand zu nehmen, damit nicht sie, sondern die KPD von den anschließenden Neuwahlen profitierte. Späteren Aussagen Remmeles zufolge erschien Neumann nach den Bankenzusammenbrüchen in dessen Büro und erklärte: „Ich glaube es ist falsch, wenn wir uns am Volksentscheid nicht beteiligen, wir müssen uns betei-

Die beteiligten Rechtsparteien hatten in Preußen bei den Reichstagswahlen am 14. 9. 1930 aber noch 9,5 Millionen Stimmen erhalten. Für den Erfolg bei einer Volksabstimmung mussten sich 50 Prozent der Wahlberechtigten (ca. 13,2 Millionen) beteiligen und von diesen wiederum mindestens 50 Prozent mit Ja stimmen. Da Gegner der Volksabstimmung diese boykottieren würden, war ein Zusammengehen von Rechtsparteien und KPD-Anhängern für einen Erfolg notwendig. Vgl. dazu: Bracher, *Auflösung*, S. 386.

²¹ Notizen von Wilhelm Pieck über die Entscheidungsfindung zur Teilnahme am Volksentscheid, o.D. (nach dem 9. 8. 1931, möglicherweise erst Frühjahr 1932), RGASPI 495/28/289: 39f., hier: 39. Pieck hat diese Notizen offensichtlich angefertigt, um sich selbst über den komplizierten Ablauf Klarheit zu verschaffen.

²² Vgl. Berghahn, *Stahlhelm*, S. 156–158.

²³ Vgl. Winkler, *Weg in die Katastrophe*, S. 368.

²⁴ Vgl. ebenda, S. 324–326 über den Leipziger Parteitag der SPD vom 31. 5.–5. 6. 1931 und das dort von Fritz Tarnow gehaltene Referat.

gen und den Volksentscheid zu einem roten machen.“ Gemeinsam gingen sie zu Thälmann, doch dieser lehnte Remmele zufolge einen solchen Kurswechsel ab: „Es ist unmöglich, wenn wir das machen, ist die Einheitsfront für lange Zeit unmöglich.“²⁵ Angesichts des plötzlichen Vorstoßes Neumanns in dieser schon so häufig diskutierten Frage vermutete der deutsche Parteivorsitzende, dass sein innerparteilicher Konkurrent nicht von allein auf die Idee gekommen sei, wie er der Kominternführung einige Monate später freimütig in Moskau erzählte:

„Was war das für eine Überraschung für uns, als Neumann plötzlich zu Genossen der Führung und des Sekretariates kommt mit der Frage: Wir müssen uns mit dem Volksentscheid beschäftigen. Ich hatte den Eindruck, was ich nicht verhehlt habe, dass er von hier [aus Moskau] informiert war. Man kann anders nicht in 24 Stunden, wo man vorher keine andere Linie hatte, eine solche radikale Schwankung durchführen, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen dafür vorhanden sind.“²⁶

Thälmanns Verdacht ist verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Rolle Neumann bislang gespielt hatte, wenn es darum ging, Moskauer Vorstellungen in die KPD zu tragen: Vermutlich erinnerte sich der Parteivorsitzende noch gut daran, wie Neumann im Sommer 1930 von seinem Russlandaufenthalt mit dem Auftrag zurückgekehrt war, Stalins Konzept des Nationalpopulismus in der KPD durchzusetzen.

Da Neumann aber nicht im Auftrage Moskaus handelte, sah Thälmann zunächst keinen Anlass, von seiner Position abzuweichen. Stattdessen einigte er sich schließlich mit Neumann und Remmele darauf, das Politbüro in dieser Frage entscheiden zu lassen. Remmele erklärte später gegenüber der Kominternführung: „Wir haben ihm gesagt, Du wirst die Sache vortragen und die Genossen sollen ihre Meinung sagen und wenn die Mehrheit dafür ist, werden wir die Sache durchführen.“²⁷ Angesichts der bisherigen Stellungnahmen der Mitglieder des Politbüros aus den Bezirken befürchteten Neumann und Remmele aber offensichtlich, dass diese für den 17. Juli angesetzte Abstimmung nicht in ihrem Sinne ausfallen würde. Deshalb beschlossen sie, die Komintern einzuschalten, mit dem Ziel, eine Entscheidung in ihrem Sinne herbeizuführen: Zwei Tage vor der entscheidenden Politbürositzung verfassten sie einen Brief an den deutschen Vertreter beim EKKI, Wilhelm Pieck, in dem sie sich für die Teilnahme aussprachen und dabei den Eindruck erweckten, als sprächen sie im Namen der gesamten Parteiführung. Tatsächlich aber verfassten sie den Brief hinter dem Rücken Thälmanns – der sich wie so häufig in Hamburg befand²⁸ – und der anderen Mitglieder des Sekretariates des ZK der KPD. Pieck wurden somit aus den angeblichen „ganz unverbindlichen Vorbesprechungen“ der deutschen Parteiführung in der Frage der Volksabstimmung nur jene Argumente mitgeteilt, die *für* eine Beteiligung sprachen.

²⁵ Remmele in der Sitzung der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 27–58 hier: 44 f.

²⁶ Thälmanns Ausführungen in der Sitzung der PK vom 14. 5. 1932, RGASPI 495/4/188a: 6–66, hier: 27. Bei diesem Text handelt es sich um das von Thälmann selbst korrigierte Ste-nogramm seiner Stellungnahme.

²⁷ Remmele in der Sitzung der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 27–58 hier: 44 f.

²⁸ Vgl. die Notizen von Wilhelm Pieck, o.D. [nach dem 9. 8. 1931], RGASPI 495/28/289: 39 f., hier: 39.

In dem Brief unterrichteten die beiden Funktionäre Pieck, der Erfolg des Volksentscheides sei „nach allen rechnerischen Grundlagen gesichert“ und bei den dann erfolgenden Neuwahlen bestünden „große Aussichten“, dass die KPD dabei „im entscheidenden Lande Deutschlands“ zur „stärksten Partei“ werde, da die Hochburgen der NSDAP alle außerhalb Preußens lägen. Die Niederlage der SPD bei diesen Wahlen wurde als so sicher angesehen, dass auf sie in dem Schreiben gar nicht explizit eingegangen wurde. Noch wichtiger als diese „statistische Seite“, hieß es in dem Schreiben weiter, sei „aber die durch Neuwahlen in Preußen entstehende Verschärfung der Gesamtsituation und die Möglichkeit, den preußischen Regierungs- und Polizeiapparat, das stärkste Bollwerk der Sozialdemokratie, den stärksten Stützpfiler des Brüning-Regimes zu zertrümmern“.

Zwar hätte der Entschluss zur Teilnahme „wie jeder große politische Schritt auch negative Seiten“ – es würde sicherlich „ein fürchterliches Geschrei über ‚Einheitsfront von Nazis und Kozis‘“ einsetzen, aber: „dieses Geschrei hören wir seit dem Freiheitsprogramm täglich, ohne dass es die Krise der SPD aufhalten kann.“ Entscheidend seien die „objektiven Tatsachen“, die Möglichkeit, noch einmal in „einem ‚freien‘ Wahlkampf [...] unser gewaltiges Wachstum seit dem 14. September zu demonstrieren“. Wenn sich die KPD hingegen der Stimme enthalte, gerate sie „objektiv“ in eine Reihe mit der preußischen Regierung selbst. Dann wurde der eigentliche Zweck dieses Briefes an Pieck angesprochen:

„Wir teilen Dir diese Auffassung zunächst unverbindlich mit und bitten Dich, vorbereitend mit den Genossen Manuilskij, Knorin und Pjatnickij darüber zu sprechen, vielleicht auch die Meinung der Genossen des [sowjetischen] Politbüros einzuholen, ohne dass eine offizielle Beschlussfassung oder Stellungnahme des EKKI erforderlich wäre, bevor die Auffassung unseres Pol[it]büros vorliegt.“

Man bitte die Exekutive um die Erlaubnis, so schloss der Brief in einem für Neumann ungewohnt devoten Ton, „den angedeuteten Schritt zu vollziehen“. Ohne diese Erlaubnis werde die KPD-Führung „selbstverständlich nichts unternehmen“.²⁹

Wahrscheinlich erhielt das EKKI diesen „Sekretariatsbrief“ am 17. Juli.³⁰ Bevor die Kominternfunktionäre aber den vermeintlichen Wunsch der deutschen Parteiführung billigen konnten, sich am Volksentscheid beteiligen zu dürfen, entschied das Politbüro der KPD am gleichen Tage *gegen* die Teilnahme: Wie verabredet, hatte Thälmann „die Sache vor[getragen] in dem Sinne, wie er die Sache auffasst“, berichtete Remmele später, „und die Bezirkssekretäre, nachdem sie die Meinung des Genossen Thälmann hören, schließen sich ihr an“.³¹

²⁹ Brief des Sekretariates des ZK der KPD [tatsächlich: Neumann und Remmele] an den deutschen Vertreter beim EKKI, Wilhelm Pieck, vom 15. 7. 1931, RGASPI 495/292/56: 121 f.

³⁰ Zur Datierung des Einganges siehe unten.

³¹ Remmele in der Sitzung des PS am 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 27–58, hier: 45. Übereinstimmend Pieck in seinem Brief an Pjatnickij vom 29. 7. 1931 über seine Gespräche mit der deutschen Parteiführung nach seiner Ankunft in Berlin, RGASPI 495/292/54: 188 f. Zum Beschluss selbst siehe das Protokoll des Politbüros der KPD vom 17. 7. 1931, SAPMO-BArch RY 1-I 2/3/11: 59. Der kompromissartige Beschluss des Politbüros verdeutlicht ein weiteres Mal, dass nur taktische Vorbehalte gegen die Teilnahme bestanden,

Neumann sicherte sich nach diesem negativen Votum des Politbüros nach zwei Seiten ab, um das eigenmächtige Vorgehen hinter dem Rücken des Parteivorsitzenden zu vertuschen: Während er (wie Remmele auch) seine abweichende Meinung in der Politbürositzung für sich behalten hatte, bekannte er nach der Sitzung im engsten Führungskreise, er halte den Beschluss gegen die Teilnahme für falsch und „werde“ einen Brief nach Moskau schreiben.³² Damit wollte er vertuschen, dass er bereits einen Brief nach Moskau geschickt hatte. Am folgenden Tag telegraphierte Neumann dann nach Moskau: „unser brief in abstimmungsfrage gegenstandslos, da wir uns einstimmig für neinparole entschieden haben stop entsprechende schritte daher ueberfluessig. sekretariat.“³³

Zunächst sah es nicht so aus, als wenn Neumann mit seinem Vorgehen, auf dem Umweg über Moskau einen Beschluss in seinem Sinne zu erzwingen, Erfolg haben würde. Denn zunächst sorgten die widersprüchlichen Mitteilungen aus der Berliner Parteizentrale in Moskau nicht nur für Verwirrung, sondern auch für einigen Unmut. Die Kominternspitze, die der Arbeit der deutschen Genossen ohnehin mit einiger Skepsis gegenüberstand, fühlte sich in ihren Zweifeln über die politischen Fähigkeiten der deutschen Parteiführung einmal mehr bestätigt. Noch Monate später erregte sich Pjatnickij darüber, wie dilettantisch die KPD-Führung gehandelt habe:

„Wir bekommen einen Brief vom Sekretariat, dass man für die Teilnahme ist; danach erhalten wir eine Depesche, dass das ganze Politbüro einstimmig gegen die Teilnahme ist. Das geschah innerhalb von zwei Tagen. [...] Uns war das ganz unverständlich! Wie kann ein Brief vom Sekretariat abgesandt werden: einstimmig angenommen, – und danach ein Beschluss vom Pol[it]büro: einstimmig abgelehnt. Die Mitglieder des Sekretariates sind doch gleichzeitig Mitglieder des Pol[it]büros.“³⁴

Pieck erhielt den Auftrag, das deutsche Politbüro aufzufordern, der Komintern „sofort Informationen über die Gründe seines Beschlusses in der Abstimmungsfrage zu senden und den Beschluss bis zum Eintreffen unserer Antwort nicht zu veröffentlichen“.³⁵

Diese Aufgabe erledigte Pieck noch am gleichen Abend durch ein Telefonat mit Leo Flieg. In diesem Gespräch erhielt Flieg aber nicht nur Anweisungen: Er erfuhr von Pieck auch, dass in Moskau selbst die „Meinungen geteilt“ seien, ob

die KPD sich aber eigentlich gerne beteiligt hätte: Weiterhin sollte nämlich die „stärkste Offensive“ gegen die SPD, „vor allem gegen [die] Preußenregierung“ geführt werden, „wobei der bevorstehende Volksentscheid zur Massenaktion und Massenmobilisierung benutzt werden muss, auch wenn wir uns nicht daran beteiligen.“ Vgl. Bericht des Sekretariates des ZK der KPD vom 19. 7. 1931 über die Sitzung des Politbüros am 17. 7. 1931, RGASPI 495/293/117: 20–32, hier: 30f.

³² Vgl. die Notizen von Wilhelm Pieck, o.D., nach dem 9. 8. 1931, RGASPI 495/28/289: 39f., hier: 39.

³³ Telegramm des Sekretariates [Neumann] an Pieck vom 18. 7. 1931, RGASPI 495/292/57: 39.

³⁴ Pjatnickij in der Sitzung der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 89–98, hier: 97. Tatsächlich stand in dem Brief vom 15. 7. 1931 allerdings nicht explizit, dass bereits eine „einstimmige“ Meinung bestand, es wurde jedoch dieser Eindruck erweckt.

³⁵ Protokoll Nr. 157 der PK vom 18. 7. 1931, RGASPI 495/4/123: 1.

sich die KPD am Volksentscheid beteiligen solle.³⁶ Vor allem Manuilskij sprach sich – offenbar sehr massiv – gegen eine Teilnahme der KPD aus.³⁷ Wie in solchen Fällen, in denen die Kominternführung uneinig war, üblich, wurde Stalin um seine Stellungnahme gebeten. Wie dessen Entscheidung ausfiel, lässt sich an Piecks folgenden Schritten ablesen: In einem zweiten Telefongespräch mit Leo Flieg am 20. Juli übermittelte Pieck die Entscheidung nach Berlin: Der von der KPD getroffene „Beschluss sei falsch“, in Moskau habe man sich „einmütig“ gegen die Stimmenthaltung und für eine Teilnahme am Volksentscheid ausgesprochen. Auf die Rückfrage Fliegs, ob in der Komintern „alle dagegen“ seien, bestätigte Pieck seinen Notizen zufolge ausdrücklich: „ja, auch an anderer Stelle (Stalin) (Molotov)“.³⁸

Sicherheitshalber schickte Pieck zusätzlich noch ein Telegramm³⁹ und einen umfangreichen Brief von zweieinhalb engbeschriebenen Seiten, in dem er ausführlich begründete, warum sich die Partei nach Meinung der Komintern „unbedingt an der Abstimmung beteiligen muss, natürlich für die Auflösung“. Um angesichts der unklaren Situation sicherzugehen, dass eine Entscheidung im Sinne Stalins erfolgte, wies Pieck auch in diesem Brief an das Sekretariat der KPD noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Komintern den Entschluss „nach Rücksprache mit den führenden Genossen der [russischen] Partei“ – also Stalin und Molotov – gefasst habe. Diesem Hinweis folgte eine deutliche Standpauke für die Genossen in Berlin: „Peinlich an der ganzen Angelegenheit ist nur, dass Ihr die Entscheidung über diese Frage nicht erst vor die Politkommission der Komintern gebracht habt, und dadurch hätte vermieden werden können, dass solche gegensätzlichen Auffassungen zwischen Euch und den russischen Gen[ossen] entstanden. Aber hoffentlich ist es Euch doch gelungen zu vermeiden, dass das nach außen hin bemerkt wurde.“⁴⁰

Innerhalb der Komintern verstärkte der Vorfall den Eindruck, die KPD-Führung handele zu eigenmächtig. Wie sehr man der deutschen Parteiführung inzwischen misstraute, zeigt die Tatsache, dass die Politkommission zusätzlich zu Piecks informeller Rüge noch eine offizielle Abmahnung nach Berlin schickte. Sie beschwerte sich darin, dass sie „in der letzten Zeit ohne regelmäßige Information geblieben“ sei und sich aufgrund des zeitweiligen Verbotes der *Roten Fahne* auch nicht aus der Parteipresse habe informieren können. Um „solche Fehler“ wie in der Frage des Volksentscheides zu vermeiden, „wäre es doch besser gewesen, wenn wir rechtzeitig über Eure wichtigen Beschlüsse benachrichtigt worden wären und nicht erst nach der Veröffentlichung derselben“. Die KPD wurde daher

³⁶ Notizen Piecks über Telefonat mit Flieg am 18. 7. 1931 um 19.20 Uhr, RGASPI 495/292/54: 342 f.

³⁷ Vgl. Brief Schwabs (Stellvertreter Piecks als KPD-Vertreter beim EKKI) an Sekretariat des ZK der KPD, RGASPI 495/292/54: 266 f., hier: 266.

³⁸ Notizen Piecks vom 20. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 342 f.

³⁹ Telegramm Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 177.

⁴⁰ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 180–182, hier: 180.

aufgefordert, zukünftig in Abständen von einigen Tagen „und besonders vor und nach gewissen politischen Ereignissen oder Aktionen“ einen schriftlichen Bericht nach Moskau per Luftpost zu schicken, „chiffriert oder chemisiert“.⁴¹

3. Reaktionen

Neumanns riskanter Plan war somit letztlich aufgegangen: Indem er eine Entscheidung auf höchster Ebene provozierte, gelang es ihm, sich gegen den Widerstand des Parteivorsitzenden und der Bezirkssekretäre durchzusetzen. Doch wie nahmen die Funktionäre der KPD und der übrigen europäischen Sektionen der Komintern diese abrupte Kehrtwende auf? Wie wurde der Beschluss, sich nun doch am Volksentscheid zu beteiligen, von den Kommunisten empfunden?

Problematisch ist, dass sich bis heute kaum etwas über die Gedankengänge der kommunistischen Kader über derartige Fragen herausfinden lässt. Zumindest für den deutschen Parteivorsitzenden spielte jedoch keine Rolle mehr, was er selbst für richtig hielt: Entscheidend war für ihn, dass Stalin eine klare Anweisung erteilt hatte. Remmeles Darstellung zufolge reagierte Thälmann beinahe ungerührt, als er von der Direktive aus Moskau benachrichtigt wurde, die seiner bisherigen Auffassung diametral widersprach: „Thälmann kam, er hörte sich das an und sagte: Selbstverständlich, wenn von drüben ein solcher Auftrag kommt, so muss man ihn durchführen.“⁴² Als einziges Indiz für Thälmanns Unzufriedenheit kann die Tatsache gewertet werden, dass er kurz darauf für Wochen nach Hamburg verschwand und die Durchführung der Volksentscheid-Kampagne weitgehend ihren Initiatoren überließ.⁴³

Zuvor trat am 21. Juli aber noch das Sekretariat der KPD zusammen und „beschloss“ offiziell die Teilnahme am Volksentscheid.⁴⁴ Um die zu erwartenden negativen Reaktionen der SPD-Anhänger auf dieses gemeinsame Vorgehen mit den Rechtsparteien abzumildern, versuchte Thälmann den überraschenden Wechsel zu verschleiern, indem er ihn mit einem unannehmbaren Ultimatum an die preußische Regierung verband: Braun und Severing wurden aufgefordert, binnen 24 Stunden das Verbot des RFB aufzuheben, andernfalls werde sich die KPD am Volksentscheid beteiligen. Pjatnickij lobte dieses Ultimatum später als „die einzige Rettung, es war ein ganz gutes und passendes Manöver“.⁴⁵ Zweckoptimistisch behauptete die KPD-Führung wenige Tage später in einem internen Bericht für die Komintern, der Volksentscheid-Kampagne sei auf diese Weise „von Anfang an der selbstständige Stempel aufgedrückt“ und die Gefahr vermieden wor-

⁴¹ Brief PK an das Sekretariat des EKKI vom 26. 7. 1931, RGAPI 495/4/124: 109.

⁴² Remmele in der Sitzung der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a, 27–58, hier: 46.

⁴³ Thälmann trat noch am 24. 7. 1931 in Berlin auf. Vgl. Bracher, *Auflösung*, S. 387. Vermutlich ist er unmittelbar nach dieser Veranstaltung nach Hamburg gefahren.

⁴⁴ Protokoll des Sekretariates des ZK der KPD vom 21. 7. 1931, SAPMO-BArch RY 1-I 2/5/3: 230.

⁴⁵ Zwischenruf Pjatnickijs zur Stellungnahme Remmeles in der Sitzung der PK vom 10. 4. 1932, RGASPI 495/4/182a: 47.

den, dass die Partei für die Öffentlichkeit „in die Gefolgschaft von Hitler-Hugenberg“ gerate.⁴⁶

Severings ablehnende Antwort, die noch vor Ablauf der 24 Stunden erfolgte, hatte das Sekretariat der KPD einkalkuliert: Das Ultimatum sei „naturgemäß“ seitens der preußischen Regierung abgelehnt worden, wurde Moskau unterrichtet.⁴⁷ Die Parteispitze hatte daher bereits vor dem Eintreffen der Antwort für den Vormittag des folgenden Tages Sitzungen des Politbüros, des ZK der KPD und schließlich eine Parteiarbeiterkonferenz aus ZK-Mitgliedern und Redakteuren angesetzt. Diese Gremien tagten an diesem 22. Juli nun im Stundenabstand und nickten jeweils „einstimmig“ die Entscheidung zur Teilnahme am Volksentscheid ab.⁴⁸ Zeitgleich erlitt die Partei jedoch eine große Blamage, weil sie ihre eigenen Redakteure nicht von dem Ultimatum an die preußische Regierung und dem bevorstehenden Kurswechsel unterrichtet hatte: Noch am Morgen des 22. Juli – also kurz vor der Sitzung mit den Redakteuren der Parteiblätter – veröffentlichte das kommunistische *Rubrecho* einen großen Leitartikel, in dem ausführlich begründet wurde, warum es falsch sei, am Volksentscheid teilzunehmen.

Moskau wurde am Tag nach dem Sitzungsmarathon telegrafisch mitgeteilt, die „Angelegenheit“ mit dem Volksentscheid sei „in zustimmender Weise erledigt“ worden.⁴⁹ Dennoch war die Kominternführung mit der KPD unzufrieden: In Anspielung darauf, dass sich die deutschen Funktionäre während der ungeliebten sommerlichen Antikriegskampagnen am liebsten an der Ostsee aufhielten, wurde die KPD-Spitze durch Pieck ermahnt, „alle Gen[ossen] vom Urlaub zurückzurufen und die Partei auf das stärkste zu mobilisieren“.⁵⁰ Angesichts des nun notwendigen Drahtseilaktes – einerseits für den Volksentscheid einzutreten und sich andererseits gleichzeitig von dessen rechten Initiatoren zu distanzieren – waren alle Kräfte der Partei vonnöten.

Gegen die Kehrtwende wurde von der Funktionärselite so gut wie kein offener Widerstand geleistet. Einzig der Leiter der KPD-Agitpropabteilung Lenz teilte der Parteiführung nach der ZK-Tagung schriftlich mit, dass er die Propaganda für die Beteiligung „nicht durchführen könne, da diese Aktion falsch sei und er nichts

⁴⁶ Bericht des ZK der KPD [wahrscheinlich Werner Hirsch] über „Die Plenartagung des Zentralkomitees der KPD vom Mittwoch, den 22. Juli [1931]“ vom 25. 7. 1931, RGASPI 495/293/117: 38–41, hier: 38f.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros der KPD vom 22. 7. 1931, SAPMO-BArch RY 1-I 2/3/11: 63, Protokoll der Sitzung des ZK der KPD vom 22. 7. 1931, SAPMO-BArch RY 1-I 2/1/81, sowie den Bericht des ZK der KPD über die ZK-Tagung am 22. 7. 1931 vom 25. 7. 1931, RGASPI 495/293/117: 38–41, hier: 38. Insofern lässt sich die Verwirrung lösen, die die Angaben der *Geschichte der Arbeiterbewegung* verursacht hat, dass Politbüro und ZK nach dem Ultimatum für die Teilnahme am Volksentscheid stimmten (vgl. z. B. Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 87), da der eigentliche „Beschluss“ vom Sekretariat des ZK der KPD bereits am 21. Juli gefasst wurde.

⁴⁹ Telegramm des Sekretariates des ZK der KPD an das EKKI vom 23. 7. 1931, RGASPI 495/292/41: 38.

⁵⁰ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 23. 7. 1931, RGASPI 485/292/54: 73. Vgl. das entsprechende Protokoll Nr. 158 der PK vom 23. 7. 1931, RGASPI 495/4/123: 4.

mit ihr zu tun haben wolle“.⁵¹ Charakteristisch für die Reaktionen der meisten Spitzenkader auf die Wende vom 21./22. Juli war dagegen, dass sich nun viele Spitzenkader gegenüber Moskau zu der Erklärung genötigt sahen, die neue Linie eigentlich schon immer vertreten zu haben. Bezeichnend ist hier vor allem die Haltung von Dimitrov, dem Chef des Westeuropäischen Büros der Komintern: Er war zwar wütend, dass er wie üblich vom deutschen Politbüro übergangen worden war, und beschwerte sich in Moskau über die Tatsache, dass das ZK „seinen Kurs sozusagen *über Nacht* geändert und in 24 Stunden eine ganz entgegengesetzte Position in dieser wichtigen Frage eingenommen“ habe. Doch gewissermaßen im gleichen Atemzug beeilte er sich, der Komintern zu versichern, dass es natürlich besser sei, „lieber spät als *nie* einen richtigen Beschluss zu fassen“.⁵²

Der vorsichtige Pieck hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon längst gegen mögliche Kritik an seiner Person abgesichert. Mit dem Bewusstsein, dass Stalin Position bezogen hatte, teilte er der KPD-Spitze bereits in seinem Brief vom 20. Juli aus Moskau mit, dass er „eigentlich froh war“, als er den Sekretariatsbrief bekommen habe, in dem eine Mehrheit für die Teilnahme am Volksentscheid in Aussicht gestellt wurde, und tat damit so, als sei er selbst schon immer Befürworter einer Teilnahme am Volksentscheid gewesen.⁵³ Nachdem er zur Unterstützung der Volksentscheid-Kampagne von der Komintern nach Berlin delegiert worden war, bemühte er sich von dort aus, den Moskauer Funktionären zu suggerieren, dass auch die Mitglieder der deutschen Parteiführung so gedacht hätten: In einem Brief an Pjatnickij schrieb er, dass die Genossen mit ihrer ursprünglichen Entscheidung vom 17. Juli gegen die Teilnahme eigentlich „innerlich selbst nicht zufrieden“ gewesen seien. Die Telefonate mit Moskau hätten daher „sofort einen völligen Umschwung der Stimmung herbeigeführt“: Nachdem Thälmann am 22. Juli vor dem ZK für die Beteiligung plädiert habe, „kam eine völlige innere Übereinstimmung mit diesem Vorschlag zum Vorschein“. Der Parteivorsitzende sei froh gewesen, den „Ausweg zu finden, durch das ZK diesen Beschluss zu korrigieren“.⁵⁴ Das war sehr schön formuliert, hatte nur mit der Realität nicht viel gemein, schließlich hatte sich die Parteielite im Laufe des Jahres 1931 dreimal gegen eine Teilnahme am Volksentscheid ausgesprochen. Doch nun galt es, das revolutionäre Renommee der deutschen Kommunisten wiederherzustellen und ihren „Fehler“ vergessen zu machen.

Die deutsche Parteiführung bemühte sich daher, gegenüber der Komintern den Eindruck zu erwecken, dass auch die Basis der plötzlichen Kehrtwende geradezu entgegengefiebert habe. In einem für Moskau bestimmten Bericht hieß es, dank des Beschlusses des ZK für die Teilnahme bestehe nun eine „vollständige und um-

⁵¹ „Herzen“ [d. i. Hermann Remmele] „An die Kommission zur Untersuchung der Fraktionsarbeit in der KPD“ vom 2. 8. 1933, SAPMO-BArch RY 5-I 6/3/469: 10–27, hier: 26.

⁵² Brief „Helmuths“ [d. i. Dimitrov] an die PK vom 31. 7. 1931, RGASPI 499/1/33: 83 f. Hervorhebungen im Original.

⁵³ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 7. 1931, RGASPI 485/292/54: 180–182, hier: 180 f.

⁵⁴ Brief Piecks an Pjatnickij vom 29. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 188 f. Die Anrede ist ausgeschnitten worden. Der Adressat ergibt sich aus dem Brief Piecks an Smoljanskij vom 1. 8. 1931, RGASPI 495/28/88: 14 f.

fassende Einmütigkeit der Partei“. Durch die Volksentscheid-Kampagne sei der Widerspruch „zwischen der allgemeinen, täglich sich radikalisierenden Massenstimmung und der Aktivität der Partei“ rasch überwunden worden.⁵⁵ Pieck hatte in einem Brief an die KPD-Führung am 20. Juli noch die Befürchtung geäußert, „dass unter Umständen doch nicht die 13 Millionen Stimmen herauskommen und die Neuwahl des Landtages nicht erfolgt“, womit die KPD „um den eigentlichen Effekt“ der Teilnahme am Volksentscheid gebracht würde.⁵⁶ Nach seiner Ankunft in Berlin warf er seine Bedenken endgültig über Bord, um keine Angriffsfläche zu bieten und begeisterte sich nun über die Auswirkungen der Moskauer Direktive: Der Beschluss zur Teilnahme am Volksentscheid habe „überall in der Arbeiterschaft die stärkste Begeisterung ausgelöst“, berichtete er in einem Brief an Pjatnickij. Nur „vereinzelte Stimmen“ gegen den Beschluss seien hörbar – überwiegend habe der Beschluss innerhalb der Partei „wie eine befreiende Tat [...] gegenüber der bisherigen nahezu kampflösen Situation“ gewirkt. Die heikle Frage, wie sich die rot-braune Aktionseinheit jenseits der eigenen Mitgliedschaft auswirken werde, spielte er herunter: Es sei „schon heute so ziemlich sicher, dass die SPD-Arbeiter durch diesen Beschluss der Partei nicht in dem Maße abgestoßen wurden, als man das befürchtet hat“.⁵⁷

Auch Dimitrov bemühte sich, der Moskauer Zentrale gegenüber seine Zuversicht zu demonstrieren, indem er versuchte, die „negativen Momente“ wie den „Schein eines ‚Zusammengehens‘ mit der faschistischen ‚nationalen Opposition‘“ herunterzuspielen: Er wagte die Prognose, der Beschluss zur Teilnahme werde „große positive Resultate“ bringen, und gab sich überzeugt, dass die Kampagne die „weitere Erschütterung der Positionen der Sozialdemokratie“ beschleunigen werde. Über negative Reaktionen seitens der kommunistischen Basis machte sich Dimitrov keine Sorgen. Er machte glauben, dass „die Parteimassen im allgemeinen Verständnis haben für die Änderung des Kurses“.⁵⁸

All diese wortreichen Erklärungen waren absurd in ihrer offensichtlichen Widersinnigkeit – hatte die mehrfache Ablehnung der Teilnahme doch demonstriert, dass sich auch die Mehrheit der deutschen Parteielite bewusst war, dass sich die KPD mit ihrer Aktion selbst ein Bein stellte. Wie stark es unter der Oberfläche rumorte, zeigte sich im parteiinternen Briefverkehr, der vom eigenen Nachrichtendienst überwacht und nach Moskau weitergeleitet wurde. In einigen Schreiben von Parteifunktionären wurde die Teilnahme am Volksentscheid als „ein sehr ver-

⁵⁵ Bericht des ZK der KPD über die ZK-Tagung am 22. 7. 1931 vom 25. 7. 1931, RGASPI 495/293/117: 38–41, hier: 38.

⁵⁶ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 180–182, hier: 181.

⁵⁷ Brief Piecks an Pjatnickij vom 29. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 188f., hier: 188. Schon zuvor hatte er erklärt, der „arbeiterfeindliche und konterrevolutionäre Charakter der Preußenregierung“ sei offensichtlich genug, „dass es uns nicht allzu viel Mühe kosten wird, den Arbeitern verständlich zu machen, dass ihr Sturz von den Kommunisten unbedingt herbeigeführt werden muss“. Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 180–182, hier: 181.

⁵⁸ Brief „Helmuths“ [d.i. Dimitrov] an die PK vom 31. 7. 1931, RGASPI 499/1/33: 83f., hier: 83.

hängnisvoller Beschluss“ bezeichnet, der dazu beitrage, dass die KPD sich immer weiter isoliere: „Einige Genossen hoffen auf das Eingreifen der K[ommunistischen] I[nternationale]...“⁵⁹

Der politische Kurswechsel der KPD hin zu einer De-facto-Kooperation mit den Nationalsozialisten schlug auch bei den anderen europäischen Sektionen der Kommunistischen Internationale hohe Wellen. Wie zu erwarten, sorgte der Alleingang der KPD für einigen Unmut, da er deren innenpolitischen Gegnern Munition lieferte. Selbst Dimitrov konstatierte, dass die europäischen Bruderparteien aufgrund der abrupten Wende der KPD „in große Verlegenheit“ geraten seien.⁶⁰ Insbesondere der Kommunistischen Partei Österreichs fiel es schwer, das Vorgehen ihrer deutschen Schwesterpartei zu rechtfertigen. „Herta“, die Instrukturistin bei der KPÖ, kritisierte zwei Tage nach der Abstimmung am 9. August, dass die Partei im Vorfeld des Volksentscheides nur noch „sehr wenig zur Aufklärung unserer Mitglieder“ hätte leisten können, die nun zudem ratlos den heftigen Attacken der SPÖ ausgesetzt seien: „Unsere Genossen aus den Betrieben kommen direkt ins Sekretariat [und fragen], was sollen wir den Sozialdemokraten nur antworten, sie begrüßen uns mit Heil Hitler usw.“⁶¹ Eine Umfrage des EKKI unter den Parteivertretern in Moskau über die Auswirkungen der Teilnahme der KPD am Volksentscheid zeigte, dass dies die überwiegende Stimmung in ganz Europa war – die Ausnahmen waren lediglich Frankreich, wo die Bevölkerung laut dem KPF-Vertreter „nicht sehr berührt“ von den Ereignissen in Deutschland gewesen sei, und die Niederlande, wo der Volksentscheid die allgemeine Erwartung geweckt habe, „es würde schon einen Umsturz in Deutschland geben“.⁶²

Im Gegensatz zu den nach Moskau übermittelten optimistischen Prognosen machte sich die deutsche Parteiführung nur wenig Illusionen über das zu erwartende Ergebnis des Volksentscheides. Leo Flieg rechnete im Auftrag Thälmanns Anfang August nochmals nach, welche Aussichten auf einen Erfolg bestanden, den Neumann in seiner früheren Prognose unter dem Eindruck der akuten Finanzkrise bereits für „rechnerisch gesichert“ erklärt hatte, und kam zu einer weit aus pessimistischeren Einschätzung. Für einen Erfolg, so stellte Flieg in seinem Geheimbericht fest, seien 13,2 Millionen (Ja-) Stimmen notwendig. Zwar sei „ein Überraschungserfolg [...] angesichts der allgemeinen Gärung, nicht völlig ausgeschlossen“, da aber die am Volksentscheid beteiligten Parteien bei der letzten Reichstagswahl in Preußen zusammen nur 12,5 Millionen Stimmen bekommen hätten, könne man „nicht damit rechnen“. Realistisch sei ein Ergebnis von ledig-

⁵⁹ Abschrift eines Briefes eines unbekanntes KPD-Funktionärs von Ende Juli 1931, SAPMO-BArch RY 5-I 6/3/371: 6f. Am Rande ist auf Russisch handschriftlich notiert: „Gen[osse] Kuusinen hat [diesen Brief] gelesen. 7. VIII. [19]31.“ Vgl. auch die Abschrift eines weiteren kritischen Schreibens zu diesem Thema vom 2. 8. 1931, SAPMO-BArch RY 5-I 6/3/371: 8f.

⁶⁰ Brief „Helmuth“ [d. i. Dimitrov] an die PK vom 31. 7. 1931, RGASPI 499/1/33: 83f., hier: 84.

⁶¹ Brief „Hertas“ an Knorin vom 11. 8. 1931, RGASPI 495/80/306: 33–35, hier: 34.

⁶² Bericht für das PS „Tätigkeit der Parteien in bezug auf die Ereignisse in Deutschland“ vom 6. 9. 1931, RGASPI 495/3/287: 327f.

lich 11–12 Millionen Stimmen.⁶³ Die KPD-Führung hatte ihre Erwartungen mittlerweile bereits auf ein Mindestmaß reduziert. Die Hoffnungen richteten sich nun nicht mehr auf einen baldigen Staatsumsturz, von dem Neumann geträumt hatte, und noch nicht einmal auf den Gewinn neuer Anhänger, sondern lediglich darauf, dass die Partei an „innerer Festigkeit“ gewinnen möge.⁶⁴

Das Ergebnis des Volksentscheides am 9. August sollte allerdings selbst diese bescheidenen Hoffnungen enttäuschen: Mit knapp 9,8 Millionen abgegebenen Ja-Stimmen verfehlten die Initiatoren das Quorum noch deutlicher, als von Flieg befürchtet worden war. Die sozialdemokratische Presse schrieb nur leicht übertreibend von einem „Generalstreik der KPD-Wähler“.⁶⁵ Tatsächlich hatten die Parteien des Volksentscheides in den kommunistischen Hochburgen in Berlin-Wedding und Friedrichshain *zusammen* weniger Stimmen erzielt, als die KPD bei der Reichstagswahl von 1930 allein erreicht hatte.⁶⁶ Eine interne Analyse der KPD zeigte deutlich, dass es ihr offensichtlich nicht einmal gelungen war, den harten Kern der kommunistischen Anhängerschaft zu mobilisieren.⁶⁷ Der Unwille der meisten Kommunisten, gemeinsam mit der NSDAP gegen die SPD vorzugehen, ließ erstmals Anzeichen für die eigenwilligen antifaschistischen Tendenzen an der KPD-Basis aufscheinen. Diese stellte die „Sozialfaschismus“-Doktrin angesichts der nationalsozialistischen Herausforderung zunehmend infrage und bereitete den Spitzenfunktionären in Berlin und vor allem Moskau seit dem Herbst 1931 zunehmend Sorge.

Ein Sieg der Demokratie war der 9. August 1931 gleichwohl nicht. Die Gegner der Republik hatten sich nur zeitweise gegenseitig blockiert. Ganz zutreffend hatte Pieck kurz vor der Abstimmung festgestellt, dass sich das ursprünglich „große Interesse“ der Rechtsparteien für den Volksentscheid „merklich abgeschwächt“ habe, seit die Kommunisten zu ihrem „Roten Volksentscheid“ aufriefen⁶⁸, den die Kommunisten wie einen Warennamen demonstrativ mit zwei Großbuchstaben schrieben. Eine Landtagswahl ohne „Koalitionszwang“ hätte daher schon damals zu einer „negativen Mehrheit“ geführt, so wie sie sich bereits im

⁶³ Bericht Fliegs über „Die Aussichten des Volksentscheides und ihre Beurteilung durch das ZK der KPD“ vom 5. 8. 1931, RGASPI 495/293/117: 55f. Die Autorenschaft Fliegs ergibt sich aus der Aussage Thälmanns vor der PK am 14. 5. 1932 über diesen Bericht, RGASPI 495/4/188a: 28. Nach dem Scheitern des Volksentscheides bemerkte das Sekretariat des ZK der KPD am 11. 8. 1931, dass es aufgrund der Repressionsmaßnahmen der Regierung „von vorneherein klar“ war, dass das notwendige Quorum nicht erreicht werden würde. Vgl. „Beschluss des Sekretariates des Zentralkomitees über das Ergebnis des Roten Volksentscheides“ vom 11. 8. 1931, RGASPI 495/4/128: 37–41, hier: 37.

⁶⁴ „Die Aussichten des Volksentscheides und ihre Beurteilung durch das ZK der KPD“ vom 5. 8. 1931, RGASPI 495/293/117: 55f.

⁶⁵ Zitiert nach: Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 390.

⁶⁶ Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 72. Bd. (1931), München 1932, S. 178f. (Gesamtergebnis); Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 390 (Ergebnisse in Wedding und Friedrichshain).

⁶⁷ Vgl. den Bericht über „Die Ergebnisse des Volksentscheides im Verhältnis zu den Ergebnissen der Reichstagswahlen September 1930“, RGASPI 495/28/289: 45f.

⁶⁸ Brief Piecks an Smoljanskij vom 1. 8. 1931, RGASPI 495/28/88: 14f.

September 1930 bei der Reichstagswahl ergeben hatte und wie sie dann im April 1932 das Ergebnis der regulären preußischen Landtagswahl war.

Trotz des offensichtlichen Misserfolges verschickte die KPD-Führung weiter die gewohnten Erfolgsmeldungen an die Komintern. So schrieb Leo Flieg Mitte August an den mittlerweile wieder nach Moskau zurückgekehrten Pieck, die Stimmung der Partei in den Bezirken sei teilweise „jetzt sogar noch besser als vor der Abstimmung“.⁶⁹ Auch Heinz Neumann vermochte der gescheiterten Kampagne noch positive Aspekte abzugewinnen: Die Regierungen von Reich und Preußen sowie die Polizei, tönte er in einem Bericht nach Moskau, hätten nach dem Volksentscheid „die Hosen voll“.⁷⁰ In ihrer für die Komintern bestimmten Resolution verzichtete die KPD-Spitze ebenfalls darauf, ihr Scheitern einzugestehen und schwadronierte stattdessen über den „großen Erfolg des revolutionären Proletariats“, der „eine weitere Erschütterung des kapitalistischen Machtsystems“ verursachen werde.

Es bedurfte allerdings einiger rhetorischer Verrenkungen, um die großzügig auf eine Zahl von zehn Millionen aufgerundeten Stimmen für den Volksentscheid als „revolutionäre Massenmobilisierung“ zu verklären, durch die es der KPD gelungen sei, „einen tiefen Einbruch [...] in die Anhängermassen der faschistischen Parteien“ zu erzielen, und die es als nicht so tragisch erscheinen ließ, dass die „formell durch die bürgerliche Verfassung erforderte Stimmenzahl“ nicht erreicht worden sei.⁷¹

Dieser angesichts des mageren Ergebnisses völlig unangebrachte Optimismus der KPD-Spitze schien selbst der an derlei substanzlose Erfolgsmeldungen gewohnten Kominternführung offensichtlich übertrieben. Als sie sich Mitte August selbst mit der „Lage in Deutschland“ befasste, sah sie sich daher gezwungen, die deutschen Kommunisten zu einer realistischeren Analyse des Abstimmungsergebnisses zu drängen: Der KPD wurde mitgeteilt, dass sie die zehn Millionen abgegebenen Stimmen nicht als einen „einheitlichen politischen Faktor“ betrachten dürfe: schließlich müsse man bei einem großen Teil der Abstimmenden doch annehmen, „dass sie aus anderen politischen Beweggründen und auch mit anderen politischen Zielen am Volksentscheid teilgenommen haben, als der von uns beeinflusste Teil“.⁷² Einen völligen Misserfolg sahen die Moskauer Funktionäre in der Kampagne dennoch nicht – schließlich sei es der KPD gelungen, den „parlamentarischen Illusionen in der Arbeiterklasse“ einen ernsthaften Schlag zu versetzen.⁷³

⁶⁹ Brief Fliegs an Pieck vom 15. 8. 1931, RGASPI 495/292/56: 151.

⁷⁰ Brief „Max“ [d. i. Neumann] an Pieck vom 15. 8. 1931, RGASPI 495/292/56: 152.

⁷¹ „Beschluss des Sekretariates des Zentralkomitees über das Ergebnis des Roten Volksentscheides“ vom 11. 8. 1931, RGASPI 495/4/128: 37–41. Hervorhebungen im Original.

⁷² Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 8. 1931, RGASPI 495/292/54: 236–241, hier: 236.

⁷³ Resolution des Politsekretariates zum Ausgang des Volksentscheides vom 18. 9. 1931, RGASPI 495/3/284: 371–379. In russischer Übersetzung wurde dieser Text bereits veröffentlicht. Vgl. Ginberg, „Politsekretariat IKKI trebet“, S. 148–174, hier: S. 159–162. Der Auftrag für das MELS des EKKI, eine solche Resolution zu entwerfen, wurde von der PK am 17. 8. 1931 erteilt. Vgl. das Protokoll der PK Nr. 166, RGASPI 495/4/128: 1.

4. Außenpolitik oder Revolutionserwartung?

Was lässt sich nun aus dieser chaotischen Entscheidungsfindung über die Ziele ablesen, die die deutschen und sowjetischen Kommunisten verfolgten? Was bezweckte Neumann mit seiner „Intrige“? Welche Erwartungen verband die Kominternführung mit dem Volksentscheid? Und: Wie war Stalins Entscheidung für die Teilnahme der KPD am Volksentscheid zu bewerten?

Wenden wir uns zunächst noch einmal den möglichen außenpolitischen Motiven für diese Entscheidung zu. Als Beleg für eine solche Motivation hat die bisherige Forschung die deutsch-französischen Regierungskonsultationen gesehen, die Mitte Juli, also just zu der Zeit, als in Moskau über die Frage der Teilnahme am Volksentscheid beraten wurde, stattfanden. Die *Pravda* wertete Brünings Reise nach Paris am 18. Juli und die anschließende Teilnahme des Reichskanzlers auf der Londoner Siebenmächte-Konferenz, auf der über ein einjähriges Schuldenmoratorium für Deutschland beraten wurde, als ein Anzeichen für die „Unterwerfung Deutschlands unter den französischen Imperialismus, die Einbeziehung Deutschlands unter den französischen Imperialismus“.⁷⁴ Aus solchen Stellungnahmen wurde gefolgert, dass Moskau die nationalistische Stimmung in Deutschland durch die Teilnahme der KPD am Volksentscheid anheizen und konkret die prowestliche SPD als die damalige parlamentarische Hauptstütze der Reichsregierung treffen wollte, um Brüning zu einer härteren Haltung gegenüber Frankreich zu zwingen.⁷⁵

Ein Blick in die nun zugänglichen Akten lässt jedoch eine veränderte Schwerpunktsetzung geboten erscheinen. Denn wie bereits Anfang 1931 so hielten es die sowjetischen Diplomaten auch im Juli nicht für notwendig, mittels der KPD die deutsch-französischen Beziehungen zu beeinflussen. Im NKID war man der Meinung, dass diese sowieso schon sehr angespannt seien.⁷⁶ Der sowjetische Botschafter in Berlin, Khinchuk, versicherte in seinem Bericht vom 18. Juli über die Lage in Deutschland, es sei höchst unwahrscheinlich, dass die SPD in absehbarer Zeit in die Regierung eingebunden werde und sich Deutschland schließlich in die „antisowjetische Front“ einreihe.⁷⁷

⁷⁴ *Pravda* vom 18. 7. 1931. Vgl. auch die *Izvestija* vom 17. 7. 1931, die zu Brünings Verhandlungen in Paris bemerkt hatte, eine deutsch-französische Einigung könne nicht von Dauer sein, wenn sie sich nicht auf die Sympathien der Massen stützen könne. Das Blatt deutete damit an, dass die Sowjetunion auf antifranzösische Stimmungen in Deutschland spekulierte.

⁷⁵ Diese These wurde erstmals von Sigmund Neumann vertreten: Neumann, *Die Parteien der Weimarer Republik*, S. 93 f. (erste Auflage 1932). Tatsächlich lehnte Brüning die französischen Vorschläge nicht zuletzt mit der Begründung ab, dass er von einer Welle der Empörung fortgetragen würde, wenn er sich der französischen Regierung aufgrund finanzieller Erwägungen unterwerfe. Vgl. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 91 f. Zu Brünings Reise nach Paris und London vgl. Hömig, *Brüning*, S. 346–350.

⁷⁶ Bericht Khinchuks über die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands vom 8. 6. 1931, AVP RF 082/14/63/5: 93–113, hier: 106.

⁷⁷ Bericht Khinchuks an Krestinskij vom 18. 7. 1931, AVP RF 082/14/63/5: 151 f. Erst einige Tage später mutmaßte Khinchuk, dass es während der Londoner Siebenmächte-Konferenz ein geheimes Abkommen zwischen Brüning und Laval gegeben haben könnte. Vgl.

Erneut zeigt sich: Die Politik der Komintern und KPD wurde zwar ohne Zweifel durch die sowjetische Außenpolitik beeinflusst – die konkrete Entscheidung aber, die KPD zur Teilnahme am Volksentscheid zu drängen, ist durch außenpolitische Überlegungen der sowjetischen Führung allenfalls *bestärkt*, nicht jedoch *verursacht* worden. Denn obwohl man im Kreml über die geplante Reise Brünnings nach Paris bestens informiert war, hielt es die sowjetische Führung nicht für nötig, *von sich aus* auf die Teilnahme der KPD am Volksentscheid zu drängen. In Moskau hatte man sich bis zum 18. Juli (als Neumanns Brief in der Komintern besprochen wurde) offensichtlich weder im sowjetischen Politbüro noch im NKID oder der Kominternführung über dieses Thema Gedanken gemacht.

Stattdessen wurden die Funktionäre der Komintern vom „Sekretariatsbrief“ vom 15. Juli völlig unvorbereitet getroffen, er sorgte für Konfusion und Streit: Zur Klärung dessen, worüber überhaupt diskutiert wurde, musste das Mitteleuropäische Ländersekretariat des EKKI erst einmal einen Bericht anfertigen, in dem dargestellt wurde, was es mit dem Volksentscheid überhaupt auf sich hatte.⁷⁸ Auffällig ist in diesem Zusammenhang der Brief Piecks vom 20. Juli, in dem er die KPD-Führung über die Entscheidung der Komintern für eine Teilnahme der KPD am Volksentscheid informierte und bemerkte: „Die Begründung für diese Stellungnahme entspricht ungefähr den in Eurem Sekretariatsbrief an mich niedergelegten Auffassungen.“⁷⁹ Somit hat man sich in Moskau offensichtlich in erster Linie den Argumenten Neumanns und Remmeles angeschlossen, nicht jedoch eigene, gewissermaßen „dahinterstehende“ oder „tatsächliche“ außenpolitische Ziele verfolgt. Es ist aber in jedem Fall erstaunlich, wie zufallsbestimmt die Moskauer Politik entstand: In der sowjetischen Hauptstadt verfolgte man keine längerfristige Strategie, als die KPD dazu gedrängt wurde, sich am Volksentscheid zu beteiligen, sondern reagierte nur auf die eigenmächtige Initiative Heinz Neumanns.

Ob Stalin nicht doch vorrangig langfristige außenpolitischen Motive gehabt hat, als er die Teilnahme am Volksentscheid befürwortete, lässt sich zwar schwer sagen, weil dazu die Quellen fehlen. Nicht auszuschließen ist auch hier, dass er erneut anderer Meinung war als die sowjetischen Berufsdiplomaten. Auffällig ist aber, dass er sich sehr spontan für die Teilnahme der KPD aussprach – den erwähnten Hintergrundbericht des Mitteleuropäischen Ländersekretariates hatte er beispielsweise noch gar nicht lesen können, weil er seine Entscheidung bereits vor dessen Vorlage gefällt hatte. Und in dieser „Spontaneität“ liegt der Schlüssel für sein Verhalten: Offenbar handelte Stalin in diesem Falle nicht aufgrund eines abwägenden und zielgerichteten Kalküls, sondern ließ sich von tiefsitzenden Res-

sein Diensttagebuch, Eintrag vom 27. 7. 1931, AVP RF 082/14/63/5: 165–168. Zu diesem Zeitpunkt war die Entscheidung für die Teilnahme der KPD am Volksentscheid aber bereits gefallen.

⁷⁸ Bericht des MELS des EKKI „Zum [bevorstehenden] Volksentscheid des Stahlhelms auf Auflösung des Preußischen Landtages“ vom 20. 7. 1931, RGASPI 495/28/289: 31–34. In gewohnter Manier wurde darin der KPD vorgeworfen, sich bislang zu wenig zu diesem Thema geäußert zu haben.

⁷⁹ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 180–182, hier: 180.

sentiments zu einem geradezu reflexartigen Handeln verleiten. So wie auch die antisozialdemokratischen Ergänzungen, die Stalin im April 1931 persönlich den Thesenentwürfen des XI. EKKI-Plenums hinzufügte⁸⁰, einer Gewohnheit entsprachen, der er seit 1928 jedes Mal frönte, wenn ihm ein Text der Komintern vorgelegt wurde, mit dem die politische Lage in Westeuropa charakterisiert werden sollte, so nutzte der sowjetische Diktator auch im Juli 1931, ohne lange zu überlegen, eine sich plötzlich bietende Gelegenheit, auf die Sozialdemokratie einschlagen zu lassen.

Welche weiteren Motive lassen sich in der Komintern für die Entscheidung finden, die KPD zum Volksentscheid zu drängen? In der bisherigen Forschung wurde unter anderem ein Erklärungsansatz vertreten, den man die „Lauftrad-These“ nennen könnte: Damit die häufig unberechenbare KPD nicht durch tatsächliche Gewaltakte oder Unruhen die deutsch-sowjetischen Beziehungen störe, habe man die Partei in einem künstlichen Zustand folgenloser Dauererregung gehalten. Der Volksentscheid war aus dieser Perspektive ein günstiger Moment, um die KPD gewissermaßen von der Leine zu lassen: weil sich die Komintern sicher gewesen sei, dass die deutschen Kommunisten mit dieser Aktion die Stellung der SPD nicht ernsthaft gefährden konnten, habe sie darin ein mögliches Ventil gesehen, um den revolutionären Überdruck innerhalb der deutschen Partei gefahrlos abzulassen.⁸¹

Selbst wenn man davon absieht, dass diese These voraussetzt, die sowjetischen Funktionäre hätten sich von ihrer Identität und Denkweise als Revolutionäre trennen können, verweisen auch die jetzt zugänglichen Archivquellen diese Annahme in den Bereich der Spekulation. Tatsächlich war im Sommer 1931 nämlich auch ein Teil der Kominternführung vom revolutionären Fieber der radikalen Kräfte in der KPD angesteckt worden: Als Neumann und Remmele im Juli 1931 vorhersagten, es könne tatsächlich „die Mehrheit der Arbeiterklasse“ erobert werden, wenn die KPD am Volksentscheid teilnehme, hat ihre Argumentation offenbar auch einen Teil der Moskauer Funktionäre überzeugt. Infolge der Bankenkrise, vermeintlicher Schwächung der NSDAP und andauernden Flügelkämpfen innerhalb der SPD schien vielen Funktionären der Kapitalismus kurz vor dem Zusammenbruch zu stehen. Nicht nur Neumann, der bereits im Mai 1931 eine neue „revolutionäre Ära“ heraufdämmern sah⁸², sondern auch einige Kominterntheoretiker wie Karl Radek und Eugen Varga ergingen sich daher im Juli 1931 in revolutionsoptimistischen Träumereien. Nachdem die Partei auf dem Höhepunkt der Bankenkrise um den 13. Juli kaum von sich hören ließ, fragten sie in internen Sitzungen sogar ungeduldig, ob „die deutschen Freunde die Situation nicht schon verpasst hätten“ – freilich ohne zu spezifizieren, wozu die KPD die Situation denn

⁸⁰ Ergänzungen Stalins zum Entwurf Manuilskijs für die Thesen für das XI. EKKI-Plenum vom 1. 4. 1931, RGASPI 558/1/st 3709: 23–37, hier: 31. Vgl. dazu die veröffentlichten Thesen des XI. EKKI-Plenums „Über die Aufgaben der Sektionen der Kommunistischen Internationale im Zusammenhang mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise und der Steigerung der Voraussetzungen der revolutionären Krise in einer Reihe von Ländern“ in: *Inprekorr* 11 (1931), Nr. 38 vom 24. 4. 1931, S. 946–952.

⁸¹ So v. a. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 79, 96 f.

⁸² Brief Neumanns an Flieg vom 25. 5. 1931, RGASPI 495/19/527a: 207–214, hier: 214.

nun *genau* hätte ausnutzen sollen.⁸³ Auch Dimitrov, der die Partei in Berlin aus nächster Nähe beobachtet hatte, hielt die Passivität der deutschen Genossen nach dem Zusammenbruch der Danatbank für ein „beunruhigendes Zeichen“. Die Parteiführung habe nichts unternommen, um die Unruhe auszunutzen, klagte er. „Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die Massen faktisch vier Tage lang auf sich selbst angewiesen waren.“⁸⁴

Die Bankenkrise elektrisierte jedoch nicht nur Neumann und Dimitrov, Radek und Varga, sondern auch den engeren Kreis der Kominternführung: Am 15. Juli, also am gleichen Tag, an dem Neumann und Remmele in Berlin ihren „Sekretariatsbrief“ verfassten, beriet die Politkommission in Moskau über die Lage in Deutschland und hielt es für möglich, dass dort in den nächsten Tagen etwas – so wörtlich – „Neues von besonders großer Bedeutung“ eintrete. Der KPD wurde anheimgestellt, „sofort zu versuchen [...] breite Kampfausschüsse als Vertretungskörper der großen Masse der Arbeiterschaft zu schaffen sowie auch Kampfausschüsse der Erwerbslosen, der Landarbeiter und der armen Bauern“ zu bilden.⁸⁵ Bislang hatte es die Komintern peinlichst vermieden, in ihren Anweisungen zu revolutionsoptimistisch zu wirken, und beispielsweise stets auf den Unterschied zwischen „Agitations“- und „Kampf“-Losungen geachtet und auch an diesem 15. Juli legte sich die Komintern nicht auf den heiklen Begriff der „revolutionären Situation“ fest. Dennoch war der Beschluss der Politkommission nicht von der sonst üblichen Vorsicht geprägt. Während Pieck Ende August 1931 – also *nachdem* die Volksentscheid-Kampagne weitgehend wirkungslos verpufft war – vor der Politkommission dozierte, die Bankenkrise im Juli sei kein Vorgang gewesen, „von dem ernsthaft breite werktätige Massen erfasst“ worden seien⁸⁶, und Manuilskij im September vor einer „hysterischen Politik“ warnte, die jeden Bankenkraich sofort zu einer revolutionären Situation stilisiere⁸⁷, wurde dies am 15. Juli 1931 in der Kominternführung offensichtlich anders gesehen. Es wäre auch paradox gewesen, wenn ausgerechnet die Funktionäre der Moskauer Zentrale an die Selbstheilungskräfte des Kapitalismus geglaubt hätten, während in Deutschland nicht nur die linke Sozialdemokratie, sondern auch weite Teile der Öffentlichkeit damit rechneten, dass das Wirtschaftssystem in Mitteleuropa kurz vor dem Zusammenbruch stehe.⁸⁸

⁸³ So zitiert von Sepp Schwab, dem stellvertretenden Vertreter der KPD beim EKKI, in seinem Brief an das Sekretariat des ZK der KPD vom 23. 9. 1931, RGASPI 495/292/54: 266 f. Vgl. dazu auch den Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 8. 1931, RGASPI 495/292/54: 236–241.

⁸⁴ Brief Dimitrovs an die PK vom 20. 7. 1931, RGASPI 499/1/33: 77 f.

⁸⁵ Protokoll Nr. 155 der PK vom 15. 7. 1931, RGASPI 495/4/122: 2 f., hier: 2.

⁸⁶ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 8. 1931, RGASPI 495/292/54: 236–241, hier: 237. Vgl. dazu das Protokoll Nr. 166 der PK vom 17. 8. 1931, RGASPI 495/4/128: 1.

⁸⁷ Manuilskij in der Sitzung des MELS des EKKI vom 7. 9. 1931, zitiert nach dem Briefentwurf Schwabs an Sekretariat des ZK der KPD vom 12. 9. 1931, RGASPI 495/292/54: 258–260, hier: 259.

⁸⁸ Vgl. Peukert, Die Weimarer Republik, S. 238 f., 245 f., mit weiteren Literaturhinweisen. Smoljanskij äußerte sich Ende Juli, eine Woche nach der Entscheidung für die Teilnahme am Volksentscheid, ganz anders: Mit Blick auf die damalige soziale Zusammensetzung der

Vor diesem Hintergrund traf nun der „Sekretariatsbrief“ aus Berlin ein, der scheinbar einen konkreten Weg wies, wie die akute Krise ausgenutzt werden konnte, um in absehbarer Zeit endlich die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern. Wie der Konflikt zwischen Manuilskij und den anderen Kominternkadern zeigt, war man sich in Moskau allerdings keineswegs einig, ob die Teilnahme am Volksentscheid dafür tatsächlich das geeignete Mittel sei.

Die Rücksprache der Kominternführung mit Stalin entschied diesen Konflikt. Wie der Diktator argumentierte, lässt sich indirekt aus dem Bericht von Pieck ablesen, in dem er kurz nach diesem Gespräch über die nun geklärte Position der Kominternführung referierte: In einer Zeit, in der die Rechtsparteien für den Sturz der Preußenregierung agitierten, so beschrieb der deutsche Vertreter die Haltung im EKKI, könne die KPD nicht beiseite stehen. Die deutschen Kommunisten dürften nicht wie bei der Kampagne gegen den Youngplan erneut den Rechten die Initiative überlassen – andernfalls könne bei den rechten (!) Wählern der Eindruck entstehen, dass die Partei es mit dem Kampf gegen die preußische Regierung nicht ernst meine, wobei er ausdrücklich betonte: „Wir müssen aber auch diesen Teil der Massen für uns gewinnen.“⁸⁹ Obwohl die Komintern bis zum Herbst 1931 die Einschätzung der KPD-Führung teilte, dass der Nationalsozialismus in seinem Wachstum gestoppt sei⁹⁰, begriffen die Kominternfunktionäre die Rechtsextremen also immer noch als ernstzunehmende Konkurrenz.⁹¹

Die Komintern stimmte somit nicht für die Teilnahme am Volksentscheid, um eine deutsch-französische Einigung durch den Druck auf die SPD zu blockieren, sondern vielmehr um zu verhindern, dass sich die NSDAP regeneriere. Paradoxerweise waren sich die Moskauer Funktionäre aber durchaus darüber im Klaren, dass diese Strategie auch dazu führen konnte, dass die preußische Regierung vorerst „in die Hände Hitlers wechselt“, wie Knorin einige Monate später im Rückblick eingestand.⁹² Aber – mit Ausnahme von Manuilskij⁹³ – wurde eine

KPD konstatierte er, nur mit Arbeitslosen ließe sich keine Revolution machen, folglich habe die KPD auch keine Revolution verpasst. Bezeichnenderweise wurde diese dann veröffentlichte Stellungnahme aber um drei Wochen vordatiert, auf eine Zeit also, als in der Komintern noch ganz anders gedacht wurde. Vgl. Bericht Smoljanskij „Glavnaja Zadacha KPG“ vor dem MELs des EKKI, o.D. [nach dem 21. 7. 1931], RGASPI 495/28/159: 207–228, hier: 222 f. Auf Basis dieses Referates verfasste Smoljanskij unter dem Titel „Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD“ einen Leitartikel für die Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ Heft 25/26 vom 7. 7. 1931 [sic! Tatsächlich wurde der Artikel Ende Juli verfasst], S. 1154.

⁸⁹ Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 7. 1931, RGASPI 495/292/54: 180–182, hier: 180.

⁹⁰ Vgl. z. B. den Bericht Smoljanskij „Glavnaja Zadacha KPG“ vor dem MELs des EKKI, o.D. [nach dem 21. 7. 1931], in dem er nochmals zustimmend die entsprechende Feststellung des XI. EKKI-Plenums erwähnt, RGASPI 495/28/159: 207–228, hier: 219.

⁹¹ Auch in der KPD-Führung sah man die Gefahr, dass die Nationalsozialisten „im Falle der Unterwerfung der Brüning-Regierung [unter die französische Regierung] einen Auftrieb haben werden [sic].“ Vgl. den Bericht des Sekretariates des ZK der KPD vom 19. 7. 1931 über die Sitzung des Politbüros am 17. 7. 1931, RGASPI 495/293/117: 20–32, hier: 30 f.

⁹² Knorin in der Sitzung der PK vom 15. 3. 1932, RGASPI 495/4/177: 39–46, hier: 42.

⁹³ Hier sei noch einmal daran erinnert, dass Manuilskij ja schon Anfang 1931 davor gewarnt hatte, eine „faschistische Diktatur“ leichtsinnig mit einer parlamentarischen Regierung

Regierung mit Beteiligung der NSDAP in Preußen zu *dieser* Zeit und in *dieser* Konstellation noch als ein Zwischenstadium gesehen, als verschmerzbar Kosten angesichts der weiter gepflegten Aussicht, sich gegenüber dem rechten Wählerspektrum profilieren zu können. Am 22. Juli erklärte das ZK der KPD dementsprechend, die Teilnahme am Volksentscheid ermögliche es der Partei, den „entscheidenden Einbruch in das Lager der Nationalsozialisten zu vollziehen“.⁹⁴ Schnell schärfte die deutsche Parteiführung den Funktionären an der Basis ein, dass nun verstärkt der Kampf gegen den Youngplan und „das nationale Moment [...] in den Vordergrund gerückt werden muss“.⁹⁵

Diese Stoßrichtung der Volksentscheid-Kampagne lässt sich auch daran ablesen, für welche Wählerschichten die KPD nun Propagandamaterial produzierte.⁹⁶ Während für SPD-Wähler nur etwa zwei Millionen Flugblätter gedruckt wurden, bereitete die KPD für die Gruppe aus NS- und Stahlhelmanhängern sowie Bauern, Beamten, Angestellten und Mittelständlern eine Auflage von insgesamt vier Millionen Flugblättern vor; zudem waren je eine Million Flugblätter für Landarbeiter, Erwerbslose und „Hausfrauen“ geplant.⁹⁷

Es ist daher auch bezeichnend, dass die kurzfristige Euphorie der Moskauer Funktionäre zwar rapide abnahm, nachdem der Volksentscheid gescheitert war, ihr Blick aber weiterhin auf die Basis der NSDAP geheftet blieb: Gerade *weil* sich die Kominternführung bewusst war, dass ein Großteil der abgegebenen Stimmen nicht von Kommunisten, sondern von Rechtsradikalen stammte, verlangte Moskau nun von der deutschen Partei, „alles“ daran zu setzen, um „diesen Teil der Abstimmenden aus der faschistischen Front loszulösen und in die Klassenfront einzureihen“.⁹⁸ Insofern wurde durch den vorgeblich „Roten“ Volksentscheid die nationalpopulistische Strategie noch einmal auf ihren letzten Höhepunkt getrieben – kurz bevor der KPD dann von Moskau vorgeworfen wurde, eben diese Strategie nicht „klassenbewusst“ genug durchgeführt zu haben.

Der Blick auf die Eingriffe der Komintern im ersten Halbjahr 1931 offenbart somit ein einheitliches Motiv: Sowohl die Verschärfung des Kampfes gegen die

gleichzusetzen und auf die unterschiedlichen Herrschaftsmethoden dieser Systeme hingewiesen hatte. Vgl. Manuilskijs Ausführungen in der Sitzung der Kommission zum Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus vom 26. 1. 1931, abgedruckt in: Komalova (Hg.), *Komintern protiv fashizma*, S. 263.

⁹⁴ Bericht des ZK der KPD über die ZK-Tagung am 22. 7. 1931 vom 25. 7. 1931, RGASPI 495/293/117: 38–41, hier: 41.

⁹⁵ Abschrift eines Briefes eines unbekanntenen KPD-Funktionärs von Ende Juli 1931 u. a. über den Auftritt eines politischen Redakteurs der *Roten Fahne* in einer Berliner Parteiarbeiterversammlung nach dem Beschluss zur Teilnahme am Volksentscheid, SAPMO-BArch RY 5-I 6/3/371: 6f., hier: 6.

⁹⁶ So Thälmann auf der Tagung des ZK der KPD am 22. 7. 1931 laut dem Bericht des ZK der KPD „Die KPD und die SPD“ vom 25. 7. 1931, RGASPI 495/293/117: 32–36, hier: 35. Ebenda auch die Bemerkung, dass Thälmann auf dieser Tagung „nur kürzer [sic] über die Frage der SPD sprach“.

⁹⁷ Vgl. Brief Golkes an Pjatnickij vom 29. 7. 1931 über die von der KPD vorgesehenen Ausgaben für die bevorstehende Kampagne, RGASPI 495/19/525: 35–37.

⁹⁸ So der Brief Piecks an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. 8. 1931 über die Besprechung in der PK, RGASPI 495/292/54: 236–241, hier: 236.

Sozialdemokratie im Allgemeinen auf dem XI. EKKI-Plenum und die linke Sozialdemokratie im Besonderen nach dem Leipziger Parteitag Ende Mai 1931 als auch der Beschluss, die KPD am Volksentscheid teilnehmen zu lassen, zeigen, dass die Komintern ihre Strategie in Deutschland vorrangig danach ausrichtete, wie ihrer Meinung nach der Massenanhang der KPD am effektivsten zu verstärken sei. Außenpolitische Überlegungen haben in diesem Zusammenhang nur eine Nebenrolle gespielt. Die Kooperation mit der NSDAP durch die Teilnahme am Volksentscheid stellte sowohl für die KPD als auch für die Komintern dabei lediglich ein taktisches Problem dar: Es bestand aus Sicht der Führungskader zwar die Gefahr, die SPD-Anhänger durch die Aktionsgemeinschaft mit der radikalen Rechten zeitweise zu vergraulen, doch wurde dies als vorübergehende atmosphärische Störung in Kauf genommen, denn wenn die NSDAP erst einmal zerfallen sei, wie im Sommer 1931 noch angenommen wurde, würde sich an dieser „Episode“ niemand mehr stoßen. Entscheidend war es aus Sicht derjenigen Mitglieder der Komintern- und KPD-Führung, die sich für die Teilnahme eingesetzt hatten, erstens mit der SPD-geführten Regierung Braun eine wichtige Stütze der Republik umzustößen und zweitens die vermeintliche Chance zu ergreifen, den Massenanhang der deutschen Kommunisten entscheidend zu vergrößern. Damit wäre die wichtigste Vorbedingung für eine erfolgreiche Revolution in Deutschland erfüllt gewesen.